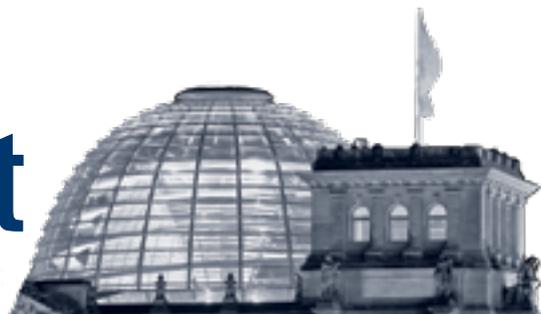


# Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



## Zur Lage

### Votum für Stuttgart 21 hat Symbolcharakter

Entscheidung stärkt die repräsentative Demokratie



Volker Kauder  
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Das Votum der Baden-Württemberger für Stuttgart 21 ist eindeutig. Der neue unterirdische Durchgangsbahnhof muss jetzt gebaut werden. Das wird die Landeshauptstadt voranbringen, aber auch das ganze Land Baden-Württemberg. Die Infrastruktur wird sich entscheidend verbessern.

Der Ausgang der Volksabstimmung hat auch darüber hinaus Signalcharakter. Die Baden-Württemberger haben sich mit großer Mehrheit für ein Zukunftsprojekt entschieden. Das Votum ist eine Absage an die Haltung, dass das, was vorhanden ist, ausreicht. Es zeigt, dass die Bürger das Neue wollen. Wir haben oft gesagt, dass sich Deutschland die Freude am Neuen bewahren muss, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Dies haben wir auch in einer aktuellen Stunde im Bundestag deutlich gemacht. Aus dem Volksentscheid können wir den Schluss ziehen, dass dies auch die Bürger so sehen.

Das Ergebnis der Volksabstimmung stärkt die repräsentative Demokratie. Im Stuttgarter Landtag und im Bun-

destag hat sich immer eine große Mehrheit für das Projekt ausgesprochen. Diese Position ist nun eindrucksvoll bestätigt worden. Jeder hat das Recht, ein Projekt zu kritisieren. Nach der Volksabstimmung sollte man sich aber noch mehr als vorher davor hüten, eine Kritik, nur weil sie besonders laut vorgetragen wird, mit der Ansicht der Mehrheit oder gar des Volkes zu verwechseln. Im Gegenteil: Es hat sich bei Stuttgart 21 gezeigt, dass die Ansicht der Parlamente und der Mehrheit der Bürger völlig übereinstimmen.

Dabei steht außer Zweifel: Die Bürger müssen vor Großprojekten umfassend informiert werden. In einer Demokratie hat der Staat die Pflicht, seine Handlungen zu erklären. Hier ist aus den Versäumnissen um Stuttgart 21 zu lernen.

### Abstimmungsergebnis ist eine schwere Niederlage für die Grünen

Das Abstimmungsergebnis ist eine schwere Niederlage für die Grünen. Sie haben im Streit um Stuttgart 21 lange nichts, aber auch gar nichts zur Deeskalation beigetragen. Sie sind immer bequem auf der Welle des Protests mitgeschwommen.

Genauso haben sie sich stets in Gorleben verhalten. Im Konflikt um die Atommülltransporte kritisieren die Grünen immer nur die Polizei. Die brachiale und menschenverachtende Gewalt der Militanten nehmen sie billigend in Kauf. Das tun sie aus rein wahltaktischen Gründen. Sie fürchten, dass jedes Wort der Kritik – und sei es an der Gewalt der Militanten – ihnen in der Szene übel genommen werden könnte. So schweigen sie lieber und überschütten die Polizei mit Vorwürfen.

*Volker Kauder*

Inhalt

Votum für Stuttgart 21 hat Symbolcharakter	1
Vertragsänderungen - Die Stabilitätsunion wird kommen	2
EU-Vertragsreform ist das Ziel	3
Damit man den Landarzt nicht nur aus der Vorabendserie kennt	4
„Der informierte Verbraucher ist Partner der redlichen Unternehmen“	5
„Wutbürger von schweigender Mehrheit überstimmt“	6
Organspende geht alle an	7
Grünes Licht für EU-Beitrittsverhandlungen mit Montenegro	8
Besserer Schutz vor Geldwäsche	8
Langfristige Unterstützung für Afghanistan zugesichert	9
Wettbewerb im Handel stärken	10
Letzte Seite	11

Impressum

Herausgeber  
 Peter Altmaier MdB  
 Stefan Müller MdB  
 CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
 Platz der Republik 1  
 11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack  
 Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

Telefon (030) 227 53015  
 Telefax (030) 227 56660  
 pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

# Vertragsänderungen – Die Stabilitätsunion wird kommen

## Solidarität, Eigenverantwortung und Reform



Peter Altmaier  
 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in ihrer Regierungserklärung am Freitag noch einmal eindrucksvoll die Position der Bundesregierung für die Lösung der Euro-Krise dargelegt. Wir brauchen in Europa ein zusammenhängendes Konzept von Solidarität, Eigenverantwortung und zukunftsweisender Reform der Europäischen Union. Nur wenn wir in Zukunft die Stabilitätskriterien über den Europäischen Gerichtshof und die europäischen Institutionen durchsetzen, können wir das Vertrauen der Anleger und der Finanzmärkte in die dauerhafte Stabilität der Euro-Zone zurückgewinnen.

Deswegen wird Deutschland beim Europäischen Rat am 9. Dezember gemeinsam mit Frankreich dafür werben, dass die Europäische Union schnellstmöglich die notwendigen Voraussetzungen schafft, um EU-Haushaltssünder stärker als bisher zur Rechenschaft zu ziehen. Die Bundesregierung und die Unionsfraktion werden weiterhin der europäischen Öffentlichkeit verdeutlichen, dass die gegenwärtige schwierige Lage der

Euro-Zone nicht etwa daran liegt, dass die Europäische Zentralbank keine unbegrenzte Staatsfinanzierung betreibt oder dass es keine Eurobonds gibt, mit denen die Schulden vergemeinschaftet würden. Vielmehr werden wir unablässig klarmachen, dass das Problem in der übermäßigen Staatsverschuldung und der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit einzelner Länder der Euro-Zone sowie in grundlegenden Konstruktionsmängeln der Wirtschafts- und Währungsunion liegt.

Wir haben keine Zeit zu verlieren, denn es geht um sehr viel. Die Kanzlerin hat recht: Scheitert der Euro, scheitert Europa. Für Deutschlands Zukunft, für seinen Wohlstand, für sein soziales Gemeinwesen ist ein prosperierendes Europa mit einem stabilen Euro unverzichtbar. Insofern wäre Deutschlands Zukunft niemals von der Zukunft der Europäischen Union trennbar.

### Wir brauchen klare Regeln

Deshalb muss nun die Vertragsänderung schnell vonstatten gehen, damit sie als Signal der Entschlossenheit der Europäischen Union wahrgenommen wird. An der Bereitschaft zur Mitwirkung an einer dauerhaften Stabilitätsunion wird man ablesen können, ob die Länder, die jetzt Probleme haben, in Zukunft entschlossen auf einen stabilen Haushaltspfad zurückkehren werden.

Wir brauchen klare Regeln für die Euro-Zone. Wir sind entschlossen, sie so gemeinschafts- und unionsfreundlich wie möglich zu gestalten. Dafür brauchen wir aber die Mitwirkung der anderen Partner in der Europäischen Union. Es muss gelten: Kein Land der EU hat das Recht, die anderen daran zu hindern, notwendige Vertragsreformen zu vereinbaren.

# EU-Vertragsreform ist das Ziel

## Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel zum EU-Gipfel – Bekenntnis zur Fiskalunion in Europa



Bundeskanzlerin Angela Merkel im Plenum

Foto: Tobias Koch

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich vehement für Vertragsänderungen ausgesprochen, um die Staatsschuldenkrise in der Europäischen Union zu überwinden. In einer Regierungserklärung zum bevorstehenden EU-Gipfel im Bundestag am Freitag bekannte sich Merkel ausdrücklich zum Ziel einer Stabilitäts- und Fiskalunion. Das bedeute auch „starke Durchgriffsrechte“ für Brüssel.

Die Kanzlerin stellte klar, dass Europa nicht nur unter einer Staatsschuldenkrise leide, sondern auch unter einer Vertrauenskrise. Nur mit einer Fiskalunion könne das verlorengegangene Vertrauen in die Politik wieder hergestellt werden, betonte die Kanzlerin.

### Alle EU-Staaten an der Fiskalunion beteiligen

Mit der Änderung der Europäischen Verträge sollen nach dem Willen der Kanzlerin einklagbare „Durchgriffsrechte“ mindestens für die Euro-Zone geschaffen werden, damit die Verletzung von Stabilitätsregeln künftig geahndet werden kann. Ausdrücklich warb die Bundeskanzlerin dafür, dass sich auch Nicht-Euro-Staaten an dieser Fiskalunion beteiligten.

Merkel forderte für die Zukunft „rechtsverbindliche Grenzwerte“ für Schuldenstand und Neuverschuldung sowie „effektive Antworten auf fortgesetzte Regelverstöße“. Bei Sanktionen müsse es künftig einen Automatismus geben.

Die Haushaltshoheit des Bundestages sieht Merkel nicht in Gefahr, wenn die Stabilitätskriterien ohne Wenn und Aber von Brüssel durchgesetzt werden. Der Abbau der Staats-

verschuldung sei auch ein Ziel, das sich die Bundesrepublik selbst gesetzt habe. Ausdrücklich lehnte die Bundeskanzlerin erneut eine gemeinsame Haftung für Staatsschulden, die sogenannten Euro-Bonds, ab. Außerdem betonte sie, dass die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank nicht zur Debatte stehe.

### Unterstützung nur bei Gegenleistungen

Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder betonte, dass es Hilfe für in Not geratene Staaten nur bei entsprechenden Gegenleistungen geben dürfe. „Einfach nur Geld zu geben, hätte uns überhaupt nicht weitergebracht“, wies Kauder Vorschläge der Opposition zurück. „An gemeinsame Regeln müsse man sich halten, sonst geht’s schief“, sei die Lehre, die aus dieser Krise zu ziehen sei. Kauder erinnerte an die Mitwirkungsmöglichkeiten des Parlaments. Die Koalition im Bundestag habe die Leitplanken vorgegeben, in denen die Kanzlerin beim Gipfel erfolgreich verhandeln könne.

### Die EFSF-Leitlinien

Der Haushaltsausschuss hat dem Entwurf der sogenannten Leitlinien zum europäischen Rettungsschirm EFSF Anfang vergangener Woche zugestimmt. Die Leitlinien sollen eine möglichst zielgenaue und transparente Anwendung der EFSF sicherstellen. In ihnen werden der Umfang und die technische Umsetzung der neuen Instrumente des Rettungsschirms konkret benannt. Für jedes der vier neuen Instrumente des „ertüchtigten“ Rettungsschirms (Primärmarktkäufe, Sekundärmarktkäufe, Darlehen zur Bankenrekapitalisierung, vorsorgliche Programme) gibt es eine eigene Leitlinie. Geregelt werden dort jeweils das Anwendungsziel dieser Instrumente, spezifische Aspekte ihrer Aktivierung, die Bedingungen für ihre Aktivierung, die Überwachung ihrer Anwendung sowie weitere operationale Fragen.

In einem weiteren Dokument werden Modalitäten und Bedingungen festgelegt, mit denen die EFSF ihr Volumen, ihre Kapazität maximieren kann. Ziel ist, die vorhandenen Instrumente unter Hinzuziehung von Mitteln privater Investoren wirkungsvoller auszugestalten. Konkret sind zwei Modelle vorgesehen. Bei der sogenannten Versicherungslösung ist ein Kreditausfallschutz von 20 bis 30 Prozent des Nominalwertes neuer Staatsanleihen betroffener Euro-Mitgliedstaaten vorgesehen. Idee des sogenannten Co-Investment-Fonds ist, Mittel externer Kapitalgeber mit EFSF-Mitteln zu bündeln. Auch hier wird es einen gewissen Grad an Absicherung der privaten Mittel geben, um einen Investitionsanreiz zu setzen.

# Damit man den Landarzt nicht nur aus der Vorabendserie kennt

## Bundestag verabschiedet Versorgungsstrukturgesetz

Eine flächendeckende medizinische Versorgung für alle Bürger in Deutschland – ganz gleich, ob sie in der Stadt oder auf dem Land wohnen – ist auch künftig sichergestellt. Der Bundestag verabschiedete vergangenen Donnerstag das sogenannte GKV-Strukturversorgungsgesetz. Damit reagierte die Koalition auf den drohenden Ärztemangel auf dem Land. Viele Mediziner, die aus Altersgründen ihre Landpraxis schließen, finden schon derzeit nur schwer einen Nachfolger. Das Gesetz sei eine der „grundlegendsten Strukturveränderungen der letzten Jahre“, sagte Jens Spahn, der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion.

Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) brachte das Ziel des Gesetzes auf den Punkt: „Es sorgt dafür, dass der Landarzt gelebte Realität und nicht nur aus der Vorabendserie bekannt ist.“

Spahn sagte, eine flächendeckende medizinische Versorgung könne nicht „mit dem Hammer“ erreicht werden: „Wir arbeiten nicht gegen die Ärzte,



© Stephan Morrosch - Fotolia.com

sondern mit ihnen.“ Dies sei der entscheidende Unterschied zur Opposition, die mit repressiven Maßnahmen gegenüber den Ärzten deren Frustration steigere.

Durch Wegfall der sogenannten Residenzpflicht können Ärzte nun Praxen

an Orten eröffnen, an denen sie nicht selbst wohnen. Der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Wolfgang Zöller, betonte, dass die Vereinbarkeit von Familie und Gesundheitsberuf mit dem Gesetz verbessert werde.

Spahn wies darauf hin, dass die Debatte um die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum ein Vorbote der Diskussion um die Aufrechterhaltung einer funktionierenden medizinischen Infrastruktur im ländlichen Raum allgemein sei, etwa durch Apotheken und Physiotherapeuten. „Diese Fragen bewegen die Menschen“, sagte er. Deshalb gehe die Koalition das so zentral an.

Die Reform enthält nach Angaben von Spahn viel Fleißarbeit und viele kleinteilige Regelungen, die den Patienten in den Mittelpunkt stellen. So werde die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen medizinischen Berufen gestärkt, etwa mit der Medikationsliste, einer Art Kontoauszug der verordneten Medikamente, die zwischen Arzt und Apotheker ausgetauscht werden kann. Patienten könnten so ohne Angst vor unerwünschten Nebenwirkungen ihre Medikamente einnehmen.

### GKV-Versorgungsstrukturgesetz

Mit dem GKV-Versorgungsstrukturgesetz soll in erster Linie die ambulante ärztliche Versorgung in ländlichen Regionen deutlich verbessert werden. Denn die medizinische Unterversorgung auf dem Land droht zu einem Standortnachteil der betroffenen Regionen zu werden.

Mit einem Katalog von Anreizen und finanziellen Unterstützungen soll die Landflucht der Ärzte gestoppt werden. So werden Landärzte von Vergütungsbegrenzungen ausgenommen. Sie können Preiszuschläge für ihre Leistungen erhalten und von den Kassenärztlichen Vereinigungen über einen Strukturfonds gefördert werden. Wenn sich junge Ärzte in einer ländlichen Region niederlassen, sollen sie dies nicht als unabänderliche Lebensentscheidung empfinden. Deshalb sollen diese Ärzte später bei der Nachbesetzung von Arztsitzen in überversorgten Bereichen, also vorwiegend in Städten, besonders berücksichtigt werden.

Um die medizinische Unterversorgung auf dem Land abzubauen, sollen darüber hinaus die Länder mehr Mitwirkungsrechte bei der Bedarfsplanung erhalten. Über die Verteilung der ambulanten ärztlichen Honorare sollen künftig wieder mehr als bisher die Kassenärztlichen Vereinigungen vor Ort entscheiden. So werden die regionalen Gestaltungsspielräume verbessert.

Viele bisher stationär erbrachte Behandlungen sollen künftig von ambulanten Fachärzten vorgenommen werden können. Denn die strikte Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung scheint angesichts des medizinischen Fortschritts nicht mehr zeitgemäß. Der Ausbau der Telemedizin im ländlichen Raum wird durch eine bessere Vergütung gefördert.

# „Der informierte Verbraucher ist Partner der redlichen Unternehmen“

## „Fraktion direkt“ im Gespräch mit Mechthild Heil über die Reform des Verbraucherinformationsgesetzes



Mechthild Heil  
Verbraucherschutzbeauftragte der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion

Seit 2008 ist das Verbraucherinformationsgesetz (VIG) in Kraft. Danach können Verbraucher bei den Behörden Informationen über bestimmte Produkte wie Lebens- und Futtermittel, Wein, Kosmetika und Bedarfsgegenstände erhalten. Die Behörden ihrerseits können die Öffentlichkeit über Herstellungsbedingungen und Beschaffenheit von Produkten sowie die Überschreitung von Grenzwerten informieren. In der vergangenen Woche beschloss der Bundestag die Reform des Gesetzes. „Fraktion direkt“ sprach mit der Verbraucherschutzbeauftragten Mechthild Heil über die Verbesserungen für die Verbraucher.

Frau Heil, warum war es nötig, das erst drei Jahre alte Gesetz zu verändern? Gibt es eine Verbindung zum Dioxin-Skandal Anfang des Jahres?

Heil: Eine vom Bundestag beschlossene Evaluation des VIG zeigte zwar: Rund 80 Prozent aller Anfragen waren kostenfrei und 70 Prozent fristgerecht beantwortet. Doch gerade für Bürger war das Abfragen von Informationen

häufig zu kompliziert, die Verfahrenswege waren zu lang, und die Unsicherheit über mögliche Kosten war zu hoch. Dieses ändern wir jetzt. Damit machen wir das VIG noch praxisnäher und verbraucherfreundlicher.

Auch die Dioxinfunde in Futtermitteln vor einem Jahr haben Eingang in das Gesetzeswerk gefunden. Die Lehre aus den Lebens- und Futtermittelskandalen ist: Wenige schwarze Schafe und Kriminelle dürfen nicht länger ganze Branchen in Verruf bringen. Bei erheblichen Täuschungsfällen gibt es deshalb endlich eine Veröffentlichungspflicht der Behörden. Das erhöht die Offenheit und ermöglicht schnelleres Handeln im Krisenfall.

## „Schwarze Schafe dürfen keine ganze Branche in Verruf bringen“

Welches sind die wichtigsten Änderungen im Gesetz?

Heil: Das Gesetz bringt den Bürgern umfassende, einfache und schnelle Informationen. Künftig gibt es neben Informationen zu Lebensmitteln und Kosmetika auch Auskunft über Spielzeug, Haushaltsgeräte und andere technische Verbraucherprodukte. Das neue VIG ist einfacher, weil jetzt eine formlose E-Mail als Antrag ausreicht, und schneller, weil wir Einspruchsmöglichkeiten und -fristen für Unternehmen einschränken.

Was sind die Vorteile der neuen Gebührenordnung?

Heil: Erstmals sind alle Anfragen bis 250 Euro vollständig kostenfrei, bei Rechtsverstößen sogar bis 1.000 Euro. Sollte sich dennoch abzeichnen, dass diese Beträge überschritten werden,

wird vorab ein Kostenvoranschlag erstellt. Damit sorgen wir für Klarheit und Sicherheit. Kein Verbraucher wird zukünftig mehr durch hohe Verwaltungskosten abgeschreckt.

Verbraucherschützer fordern, dass es auch einen Anspruch auf Informationen über Dienstleistungen – etwa Finanzdienstleistungen – geben müsse. Warum bleibt das aus?

Heil: Bereits jetzt können Informationen über die hauptsächlich zuständige Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht auf der Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes des Bundes erlangt werden. Zudem ist

eine weitere Stärkung der Finanzaufsicht in der Planung.

Die Wirtschaft befürchtet betriebliche Einbußen, wenn Geschäftsgeheimnisse offengelegt werden müssen. Was können Sie dem entgegen?

Heil: Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bleiben weiterhin geschützt. Keiner kann mir jedoch erklären, dass ein zu hoher Dioxingehalt in Lebens- oder Futtermitteln zu seiner Rezeptur gehört und damit schützenswert ist. Wenige schwarze Schafe und Kriminelle dürfen nicht länger ganze Branchen in Verruf bringen. Als Kontrollinstanz belohnen die Bürgerinnen und Bürger gutes Wirtschaften und strafen schlechtes ab. Der informierte Verbraucher ist somit kein Feind, sondern Partner der redlich arbeitenden Unternehmen. Guter Verbraucherschutz ist gute Wettbewerbspolitik.

# „Wutbürger von schweigender Mehrheit überstimmt“

Aktuelle Stunde im Bundestag zum Volksentscheid über Stuttgart 21 –  
Unionsabgeordnete fordern schnellen Baubeginn



Pro-S21-Plakat auf dem CDU-Parteitag in Leipzig

© ddp images/dapd/Norbert Millauer

Nach dem Volksentscheid für Stuttgart 21 haben Parlamentarier der CDU/CSU-Fraktion eine schnelle Umsetzung der Baupläne für den Tiefbahnhof in der baden-württembergischen Landeshauptstadt angemahnt. In einer aktuellen Stunde des Bundestages vergangene Woche forderten die Unionsabgeordneten die Grünen und die grün-rote Landesregierung auf, die Proteste gegen das Bahnbauprojekt nun endlich einzustellen. Der CDU-Landeschef von Baden-Württemberg Thomas Strobl nannte das Abstimmungsergebnis ein wichtiges Signal dafür, dass große Infrastrukturprojekte in Deutschland nach wie vor umsetzbar seien.

Für das Projekt, den Stuttgarter Kopfbahnhof in einen unterirdischen Durchgangsbahnhof umzubauen, hatten sich am 27. November 58,8 Prozent der Abstimmungsteilnehmer in ganz Baden-Württemberg ausgesprochen. Selbst in Stuttgart, wo monatelang gegen S21 demonstriert und protestiert worden war, befürworteten 52,9 Prozent den Bau. Strobl sprach

daher von „klaren Verhältnissen“, die nun herrschten. Der CDU-Abgeordnete Stefan Kaufmann kommentierte das Ergebnis mit den Worten: „Die sogenannten Wutbürger wurden von der schweigenden Mehrheit überstimmt.“ Nun müsse die Spaltung der Stadtgesellschaft überwunden und der Konflikt befriedet werden, forderte er.

Strobl rief die Grünen und die grün-rote Landesregierung auf, die Menschen von den Bäumen herunterzuholen, auf die sie sie getrieben hätten. Kaufmann warnte, mit weiteren Querschüssen würden die Grünen nur dem Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und dem Rechtsstaat Deutschland schaden.

## Bestätigung der parlamentarischen Demokratie

Die CDU-Abgeordneten interpretierten das Abstimmungsergebnis unisono auch als Bestätigung für die parlamentarische Demokratie in Deutschland. Die große Mehrheit der

Bevölkerung in Baden-Württemberg habe sich für das ausgesprochen, was in einem jahrelangen parlamentarischen Prozess beraten und entschieden worden sei, sagte Strobl.

## Planungsprozesse verkürzen

Der wirtschaftspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Joachim Pfeiffer, räumte allerdings ein, dass der Prozess von der Planung bis zur Umsetzung eines Großprojekts schlicht und einfach zu lange dauere. In diesen Prozess sei zwar Bürgerbeteiligung eingebaut, doch erreiche sie die Menschen offensichtlich nicht. „Wir müssen die Zeiten kräftig verkürzen“, forderte Pfeiffer. Dabei müssten Mittel und Wege gefunden werden, die Bürger rechtzeitig einzubeziehen, damit Proteste nach Abschluss der Planungsphase künftig vermieden werden könnten. „Zur Beteiligung gehört, dass sich die Betroffenen frühzeitig einbringen, und nicht erst wenn die Bagger rollen“, sagte auch Kaufmann.

Das Projekt S21 war 1994 der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Mit dem Bau wurde im Februar 2010 begonnen. Eine Schlichtung unter Leitung von Heiner Geißler Ende vergangenen Jahres hatte als Ergebnis ein Konzept für „Stuttgart 21 plus“ erbracht. Fertiggestellt werden soll der Bahnhof 2019.

Was die Kosten für Stuttgart 21 angeht, so zeigte sich Kaufmann sicher, dass sie unterhalb der vertraglich fixierten Grenze von 4,5 Milliarden Euro bleiben könnten. Außerdem könne man angesichts der neunjährigen Baudauer nicht jetzt schon über Kostensteigerungen reden, die möglicherweise erst in einem halben Jahrzehnt aufträten. Und schließlich habe die Bahn allein aus betriebswirtschaftlichen Gründen ein Interesse an Kostendämpfung, sagte er.

# Organspende geht alle an

## Gruppenantrag für eine Entscheidungslösung aus der Mitte des Parlaments heraus



Quelle: Deutsche Stiftung Organtransplantation

Organspende geht uns alle an. Jeder sollte sich wenigstens einmal in seinem Leben mit diesem Thema beschäftigen und für sich eine Entscheidung treffen. Denn keiner kann vorhersehen, ob er nicht selbst einmal in die Situation kommt, ein Organ zu benötigen oder als Spender gefragt zu sein. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder und sein SPD-Amtskollege Frank-Walter Steinmeier haben deshalb die Initiative für eine Entscheidungslösung ergriffen, die über die heute geltende Zustimmungslösung hinausgeht. In der vergangenen Woche einigten sich beide mit den Fraktionsvorsitzenden von FDP, Grünen und Linken auf einen gemeinsamen Gruppenantrag.

Angesichts der Bedeutung des Themas ist es wichtig, dass der Antrag aus der Mitte des Parlamentes heraus kommt. Einen Fraktionszwang wird es nicht geben, da es sich um eine Gewissensentscheidung handelt. Aus der Unionsfraktion etwa will sich der stellvertretende Vorsitzende Johannes Singhammer dem Gruppenantrag nicht anschließen. Er zweifelt an der Definition des Hirntodes, der als entscheidende Voraussetzung für eine Organspende gilt. Ziel der fraktionsübergreifenden Initiative ist es, den Gesetzentwurf für den Gruppenantrag bis Ende des Jahres fertigzustellen

und anschließend das Mitzeichnungsverfahren zu beginnen. Mindestens einmal in ihrem Leben sollen die Bürger mit dem Thema Organspende konfrontiert und um eine Entscheidung gebeten werden. Wenn diese Entscheidung getroffen ist, soll sie – egal, wie sie ausfällt – so dokumentiert werden, dass sie im Fall des Falles auch auffindbar ist. Hierfür bietet sich neben dem Spenderausweis in Zukunft auch die elektronische Krankenversicherungskarte an. Es muss aber auch weiterhin möglich sein, seine Haltung offen zu lassen. Denn nicht jeder kann oder will eine Entscheidung zur Organspende treffen. In diesem Fall bleibt es bei der heutigen Situation, dass im Zweifelsfall die Angehörigen befragt werden müssen. Zwang oder gar Sanktionen wird es keinesfalls geben.

Die maßgebliche Änderung gegenüber der aktuellen erweiterten Zustimmungslösung ist, dass verbindlich auch ein klares „Nein“ dokumentiert wird. In diesen Fällen werden auch die Angehörigen nicht mehr befragt. Damit ist gewährleistet, dass auch Personen, die die Organspende zum Beispiel wegen Bedenken hinsichtlich des Hirntodes ablehnen, ihren Willen berücksichtigt finden. Seit der ersten erfolgreichen Nierentransplantation in Deutschland 1963 hat sich die Transplantationsmedizin

zu einem festen Bestandteil medizinischer Behandlungen entwickelt. Mit Inkrafttreten des Transplantationsgesetzes am 1. Dezember 1997 wurde die in Deutschland lange Zeit herrschende Rechtsunsicherheit zwar beendet. Doch schon damals gab es zu wenig Spenderorgane und lange Wartelisten. Dieses Missverhältnis hat sich bis heute eher verschlechtert als verbessert.

### 12.000 Patienten stehen auf der Warteliste

Auf der Warteliste der europäischen Verteilungsorganisation Eurotransplant stehen derzeit rund 12.000 Patientinnen und Patienten aus Deutschland. Täglich sterben drei von ihnen, da es kein geeignetes Spenderorgan für sie gibt. Dies steht in einem deutlichen Widerspruch zur grundsätzlichen Bereitschaft der Menschen, ihre Organe nach dem Tod anderen zur Verfügung zu stellen: Sie liegt laut Umfragen bei über 70 Prozent. Einen Organspendeausweis, der diesen Willen dokumentiert, haben aber lediglich etwa 16 Prozent der Bürger ausgefüllt. Liegt kein Organspendeausweis vor, befinden sich die Angehörigen im Fall der Fälle in der schwierigen Lage, im Sinn des Betroffenen entscheiden zu müssen.



©Sven Weber - Fotolia.com

## Grünes Licht für EU-Beitrittsverhandlungen mit Montenegro

### Fortschritte und Defizite des Balkanlandes registriert

Der Bundestag hat grünes Licht für die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit Montenegro gegeben. Damit kann die Bundesregierung in Brüssel ebenfalls ein positives Votum abgeben. Die Koalitionsfraktionen sehen Fortschritte und Defizite im Reformprozess, der das Balkanland auf einen Beitritt vorbereiten soll. Montenegro hat den Kandidatenstatus seit einem Jahr inne.

Die Koalitionsfraktionen betonen, dass es einen Beitrittsautomatismus nicht geben darf. Montenegro dürfe erst Mitglied werden, wenn auch tatsächlich alle Kriterien erfüllt sind. Die EU-Kommission schlägt für die Verhandlungen ein neues Verfahren vor. So sollen schwierige Kapitel wie

Justiz, Grundrechte und innere Sicherheit schon frühzeitig aufgegriffen werden.

#### Mängel in Verwaltung und Justiz

Positiv ist nach Ansicht von CDU/CSU und FDP zu verzeichnen, dass Montenegro selbst dem EU-Integrationsprozess eine hohe Priorität einräumt. Das Verhältnis des Balkanstaates zu seinen Nachbarn ist konstruktiv und spannungsfrei. Auch die wirtschaftliche Gesamtlage hat sich verbessert. Fortschritte gibt es ebenfalls bei der Entpolitisierung der Verwaltung, der Unabhängigkeit des Gerichtswesens und der Korruptionsbekämpfung.

Als Defizite wurden registriert, dass

das Parlament noch nicht hinreichend funktioniert, dass es ihm besonders an qualifizierten Mitarbeitern in der Administration mangelt. Auch die Verwaltungskapazitäten im Justizbereich müssten ausgebaut werden, damit die Korruptionsbekämpfung effektiver werden könne, heißt es im Antrag der Koalitionsfraktionen. Die Meinungs- und Pressefreiheit lässt ebenfalls zu wünschen übrig.

Die Koalitionsfraktionen fordern die Bundesregierung auf, die Beitrittsverhandlungen mit einem doppelten Monitoring-Prozess zu begleiten. Man dürfe sich nicht allein auf die Fortschrittsberichte der EU-Kommission verlassen.

## Besserer Schutz vor Geldwäsche

### Gesetz setzt internationale Standards um

Der Wirtschaftsstandort Deutschland wird künftig effektiver vor Geldwäsche geschützt. Der Bundestag verabschiedete in der vergangenen Woche ein entsprechendes Gesetz.

Es sieht vor allem erweiterte Sorgfalts- und Meldepflichten für ungewöhnliche Finanztransaktionen vor. Bestimmte Pflichten werden auf den Nichtfinanzsektor und auf freie Be-

rufe ausgedehnt, also beispielsweise auf Immobilienmakler, Spielbanken, Steuerberater und Rechtsanwälte. Bei Verstößen greifen künftig schärfere Sanktionen. Des Weiteren werden die Aufgaben der beim Bundeskriminalamt angesiedelten Zentralstelle für Verdachtsanzeigen überarbeitet und die Meldewege präzisiert.

Die Koalitionsfraktionen haben in wesentlichen Punkten eine „Feinjustierung“ des Regierungsentwurfs durchgesetzt, um die Regelungen in der Praxis leichter handhabbar zu machen und überflüssige Bürokratie für die Unternehmen zu vermeiden.

#### Bagatellgrenzen eingezogen

So war die ursprünglich enthaltene Pflicht für den Nichtfinanzsektor zur Bestellung eines Geldwäschebeauftragten bei mehr als neun ständig Be-

schäftigten nach Auffassung der Koalitionsfraktionen zu starr. Es obliegt nunmehr den Aufsichtsbehörden, im begründeten Einzelfall festzulegen, ob eine solche Bestellung erforderlich ist. Auch wurde für den Vertrieb von elektronischem Geld (z.B. Prepaid-Karten) an Kiosken, Tankstellen oder in Supermärkten eine Bagatellgrenze eingezogen. Bei Beträgen von 100 Euro oder weniger pro Kalendermonat müssen E-Geld-Agenten nicht zwingend ihre Kunden identifizieren.

Mit den neuen Regeln setzt die Koalition einerseits die strengen europäischen und internationalen Vorgaben zur Bekämpfung der Geldwäsche um. Andererseits hält sie den Aufwand für Branchen, die ein geringeres Geldwäscherisiko aufweisen, in erträglichen Grenzen.



© Gina Sanders - Fotolia.com

# Langfristige Unterstützung für Afghanistan zugesichert

## Kongress der Unionsfraktion in Berlin – Bundeswehrpräsenz wird schrittweise zurückgeführt

Afghanistan kann sich auch nach einem Abzug der ISAF-Truppen 2014 auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft verlassen. Das war das Fazit eines Kongresses, den die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der vergangenen Woche zur Zukunft Afghanistans veranstaltete. Der Kongress mit Gästen aus dem In- und Ausland richtete auch den Blick auf die internationale Afghanistan-Konferenz am kommenden Montag in Bonn. Andreas Schockenhoff, der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende, bekräftigte das Engagement der Unionsfraktion für die langfristige Stabilität Afghanistans.

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder dankte den deutschen Soldaten für ihren Einsatz am Hindukusch. Sie leisteten dort einen großartigen Dienst zur Unterstützung des Wiederaufbaus Afghanistans, der auch in unser aller Interesse liege. Nach seiner Einschätzung wurden in Afghanistan große Fortschritte erzielt, auch wenn noch eine Menge zu tun bleibe.

### Sicherheitslage leicht verbessert

Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière bekräftigte die seit 2010 verfolgte Strategie, schrittweise die Verantwortung für die Sicherheit einzelner Regionen an afghanische Sicherheitskräfte zu übergeben. Damit erhalte Afghanistan seine innere und äußere Souveränität zurück. De Maizière hob hervor, dass die sicherheitsrelevanten Vorfälle um 25 Prozent zurückgegangen seien. Insgesamt sei die Zahl der Anschläge wie der Opfer aber immer noch sehr hoch.

Die Bundeswehrpräsenz in Afghanistan soll dem Minister zufolge in verantwortungsvollem Maße zurückgeführt werden. Für die verbleibenden Soldaten dürfe aber keine Sicherheitslücke entstehen, warnte er. Für den Gesamterfolg des Einsatzes mahnte



homme devant kaboul est © DELLI-PIZZI - Fotolia.com

er – neben sicherheitspolitischen Verbesserungen – auch Fortschritte im zivilen Bereich und im innerafghanischen Versöhnungsprozess an. Alle drei Komponenten bedingten sich gegenseitig. Daher sei es besonders wichtig, das langfristige Engagement der internationalen Gemeinschaft auch nach einem Abzug der Truppen 2014 sicherzustellen. Afghanistan dürfe nicht wie nach dem Abzug der sowjetischen Truppen 1989 im Stich gelassen werden.

### Entwicklungsperspektiven optimistisch beurteilt

In zwei Diskussionsrunden mit Vertretern aus dem In- und Ausland wurden die Bereiche Sicherheit, langfristige Stabilität und Entwicklung sowie der innere Versöhnungsprozess diskutiert. Vertreter aus Afghanistan wie der Sicherheitsberater des afghanischen Präsidenten, Rangin Dadfar Spanta, und der Botschafter Afghanistans in Deutschland, Abdul Rahman Ashraf, äußerten sich optimistisch hinsichtlich der Entwicklungsperspektiven – nicht zuletzt wegen der Rohstoffvorkommen – und des Ver-

söhnungsprozesses mit den Taliban. Bestätigt wurde diese Einschätzung durch den Sonderbeauftragten der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan, Michael Steiner, sowie den ehemaligen Kommandeur Nord der ISAF-Mission, Generalmajor Hans-Werner Fritz.

Skeptischer äußerten sich Vertreter deutscher zivilgesellschaftlicher Institutionen. Sie stellten zwar grundsätzlich eine Verbesserung der Sicherheitslage gegenüber 2001 fest, registrierten aber seit 2007 wieder eine deutliche Verschärfung. Einvernehmen herrschte bei der Diskussion darüber, dass auch Pakistan eine zentrale Rolle bei der Sicherung der Stabilität in Afghanistan einnehme.

Alle Sprecher waren sich auch darin einig, dass die anstehende Afghanistan-Konferenz in Bonn wichtige Impulse für die weitere Entwicklung im militärischen, zivilen und politischen Prozess aussenden müsse. Christian Ruck, der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende, bekräftigte daher noch einmal das Engagement seiner Fraktion für Afghanistan auch nach dem Abzug der Bundeswehr.

# Wettbewerb im Handel stärken

## Unionskongress in Berlin – Fraktion diskutiert mit Handel, Herstellern und Bundeskartellamt über Wettbewerbssituation und Markttransparenz

Wettbewerb ist die beste Gewähr für Leistungssteigerung und eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens – das wusste schon Ludwig Erhard. Auf ihrem Kongress in Berlin vergangenen Mittwoch diskutierte die Unionsfraktion die Wettbewerbssituation im Handel. „Wie stark und nachhaltig ist der Wettbewerb im Handel wirklich?

den Fraktionsvorsitzenden Fuchs, dass man nicht nur einseitig auf den Handel schaut. Auch die im Einzelfall mögliche – vom Handel oft beklagte – Marktmacht der Hersteller-Industrie gelte es zu thematisieren. Fuchs würdigte grundsätzlich den konsequenten Kampf des Bundeskartellamtes gegen Wettbewerbsbeeinträchtigungen.

Spielern, den Vorlieferanten und dem Handel, klagten sie. Indikator für einen funktionierenden Wettbewerb sei aber der intensive Innovationsprozess in der Branche.

Der Präsident des Bundeskartellamtes, Andreas Mundt, stellte klar: „Wir haben keine Branche und kein Unternehmen im Visier, wir stellen niemanden an den Pranger!“ Aber, so betonte der oberste Wettbewerbshüter: „Die Struktur des Lebensmittel-einzelhandels – vier Handelskonzerne vereinen 85 Prozent des Umsatzes der Branche – bereitet uns gewisse Sorgen.“ Für den Wettbewerb ergebe sich ein „sehr differenziertes Bild“. Bei Eckprodukten, etwa Milch, gebe es einen lebhaften Wettbewerb. Bei anderen Produktgruppen sei in Einzelfällen eine Kartellierung festgestellt worden – so seien bei Kaffee und Mehl Bußgelder verhängt worden. Die Sektoruntersuchung werde die Frage beantworten helfen, in welchen Bereichen der Wettbewerb funktioniere und in welchen er eingeschränkt sei.



Michael Fuchs beim Kongress „Wettbewerb im Handel“

Foto: Steven Rösler

Ist die Markttransparenz gesichert?“, fragte der stellvertretende Vorsitzende Michael Fuchs die Vertreter des Handels, der Hersteller-Industrie und des Bundeskartellamtes, die der Einladung gefolgt waren.

Anlass des Kongresses waren die anstehende 8. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sowie die 2011 eingeleitete Sektoruntersuchung des Bundeskartellamtes zum Bereich des Lebensmitteleinzelhandels. Eine solche Untersuchung der Strukturen und Mechanismen eines bestimmten Marktes kann eingeleitet werden, wenn besondere Umstände vermuten lassen, dass der Wettbewerb in einer Branche eingeschränkt sein könnte. Wichtig ist es nach Auffassung des stellvertreten-

### Preise jahrzehntelang kaum gestiegen

Vertreter des Handels wiesen auf die im internationalen Vergleich preiswerten Lebensmittel, das vielfältige Angebot und die großen Verkaufsflächen in Deutschland hin. Es gebe einen intensiven Wettbewerb; die Lebensmittelpreise seien in den letzten Jahrzehnten kaum gestiegen. Eckhard Cordes, Vorstandsvorsitzender der Metro AG, führte vor Augen: „In den 60er Jahren mussten Sie im Schnitt 40 Minuten für ein halbes Pfund Butter arbeiten. Heute sind es gerade einmal vier Minuten.“

Auch die Hersteller sehen sich in einer intensiven Wettbewerbssituation. Sie stünden zwischen zwei mächtigen

### Berührungsängste abbauen

Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder betonte, dass es ein Erfolg sei, die drei Gruppen – „trotz beachtlicher Berührungsängste“ – zusammengebracht zu haben. „Wir werden die Gespräche fortsetzen.“ Es gehe um eine klare Anwendung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. So müsse für alle Beteiligten klar sein, welche Kommunikation zwischen Herstellern und Handel etwa im Bereich unverbindlicher Preisempfehlung möglich und welche Grenzen zu beachten seien. Die bestehende Regelung zum Verbot des Verkaufs unter Einstandspreis solle überprüft werden.

## Der Arbeitsmarkt boomt

Der deutsche Arbeitsmarkt ist weiterhin in ausgezeichneter Verfassung. Nach den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit im November geht die Arbeitslosigkeit stetig zurück, die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wachsen weiter. Auch die Nachfrage nach Arbeitskräften ist gestiegen. Die Arbeitslosenquote betrug im November 6,4 Prozent, wie die Bundesagentur in Nürnberg mitteilte.

Im Zuge der Herbstbelebung sank die Arbeitslosigkeit von Oktober auf November um 24.000 auf 2.713.000. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Zahl der arbeitslosen Menschen um 214.000 ab.

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben weiter zugenommen und liegen deutlich über Vorjahresniveau. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Zahl der Erwerbstätigen im Oktober gegenüber dem Vorjahr um 477.000 auf 41,55 Millionen gestiegen.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften bleibt nach Angaben der BA auf hohem Niveau. Im November belief sich der Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen auf 492.000 - 98.000 mehr als im Vorjahr.



NIKKEL-LAUS

Zeichnung: Tomicek

### „Fraktion direkt“ bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter [www.cducusu.de/newsletter](http://www.cducusu.de/newsletter) abonnieren.

### Termine ([veranstaltungen.cducusu.de](http://veranstaltungen.cducusu.de))

- |                   |   |
|-------------------|---|
| 12. Dezember 2011 | Kongress Demografie   |
| 13. Dezember 2011 | Vorweihnachtliche Feier                                     |
| 17. Januar 2012   | Neujahrsempfang für die Mitglieder der Koalitionsfraktionen |

## Die Fraktion und ihre Mitglieder

**Christian Freiherr von Stetten** ist neuer Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (PKM). Die 144 Mitglieder des Wirtschaftsflügels wählten den baden-württembergischen Abgeordneten und

Unternehmer in der vergangenen Woche einstimmig zum Nachfolger von **Michael Fuchs**, der den PKM-Vorsitz seit 2006 innehatte. Michael Fuchs ist seit 2009 auch stellvertretender Fraktionsvorsitzender für den Bereich Wirtschaft. Angesichts seiner

großen Verdienste wurde er zum Ehrenvorsitzenden des PKM ernannt. Erster Stellvertreter des PKM-Vorsitzenden bleibt **Ernst Hinsken**, der bereits im November 2009 für die gesamte Legislaturperiode gewählt worden war.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ [www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)  
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ [blogfraktion.de](http://blogfraktion.de)  
Fraktion direkt ➔ [www.cducusu.de/fd](http://www.cducusu.de/fd)

(Bitte auf den Pfeil klicken.)



[www.facebook.com/  
cducusubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)



[www.youtube.com/  
cducusu](http://www.youtube.com/cducusu)



[twitter.com/  
cducusubt](http://twitter.com/cducusubt)